

Das Comeback der Politik

Die Finanzmarktkrise macht offenbar, dass der Staat den Märkten klare Regeln setzen muss. Und wir brauchen eine neue Wertedebatte.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Große Koalition hat sich bei ihrer bislang schwersten Herausforderung als handlungsfähig erwiesen. Mit dem vom Bundestag innerhalb kürzester Zeit verabschiedeten **Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte** wurde neues Vertrauen geschaffen und ein Zusammenbruch unseres Bankensystems verhindert.

Noch ist die Krise nicht gelöst – aber es wurden richtige und wichtige Schritte zu ihrer Überwindung beschlossen. Weitere müssen folgen. Die bereits vor einem Jahr eingesetzte **SPD-Projektgruppe** hat hierzu in ihrem aktuellen Abschlussbericht zusätzliche Maßnahmen vorgeschlagen.

Wir Sozialdemokraten waren es, die bereits seit langem klare Regeln eingefordert haben. Unser Finanzminister **Peer Steinbrück** hat dies auf internationalen Konferenzen immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Und **Franz Müntefering** hat schon im Jahr 2005 unter dem Begriff der „Heuschrecken“ eine Debatte um die Rolle von Finanzmarktakteuren angestoßen.

Leider haben die Regierungen der anderen westlichen Industrienationen erst unter dem drohenden Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte eine Kurswende vollzogen. Die Krise muss nun als Chance genutzt werden, **internationale Regeln** zu vereinbaren, die nachhaltig wirken. Es hat sich gezeigt: In unserer immer stärker vernetzten globalisierten Welt sind alle voneinander abhängig, kein Land kann sich letztendlich von den Einflüssen aus anderen wichtigen Staaten abkoppeln. Dies zwingt zu gemeinsamem Handeln.

Die Finanzmarktkrise macht offenbar, dass der Staat Rahmenbedingungen setzen muss. **Märkte brauchen klare Regeln.** Je riskanter die Geschäfte, desto größer ist die Notwendigkeit von Transparenz und Kontrolle.

Die SPD will eine **neue Balance von Markt und Staat.** In unserem Hamburger Grundsatzprogramm steht: „Finanzmärkte bedürfen der politischen Gestaltung – im Zeitalter der Globalisierung auch über nationale Grenzen hinaus. Für uns gilt: so viel Wettbewerb wie möglich, so viel regulierter Staat wie nötig.“



Die von der SPD vorgeschlagenen Maßnahmen reichen von höherer **Eigenkapitalvorsorge** und strengeren **Bilanzierungspflichten** der Finanzinstitute bis hin zu einer neuen, zentralen Rolle des Internationalen Währungsfonds **IWF**. Besonders riskante Finanzinstrumente wie **Hedge-Fonds** und **Private Equity-Fonds** müssen straff reguliert und **Steueroasen** ausgetrocknet werden. Und schließlich brauchen wir ein neues **Anreiz- und Vergütungssystem** für Manager und eine stärkere **persönliche Haftung der Verantwortlichen.** Das Prinzip „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“ ist für Sozialdemokraten nicht akzeptabel.

Die **soziale Marktwirtschaft** in Deutschland war über Jahrzehnte ein Erfolgsmodell, hat aber seit einiger Zeit deutlich an Vertrauen verloren. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Menschen es zu Recht als ungerecht empfinden, dass die meisten von ihnen über viele Jahre eine **Reallohnstagnation** hinnehmen müssen, während gleichzeitig die **Managergehälter** bei großen Unternehmen zum Teil exorbitant gestiegen sind. **Josef Ackermann**, der Chef der Deutschen Bank, hat gar noch kürzlich Renditeerwartungen von 25 Prozent als völlig normal dargestellt. Und manche haben sich dafür feiern lassen, wenn sie zahlreiche Beschäftigte entlassen haben, und daraufhin die Börsenkurse kräftig gestiegen sind.

Deshalb brauchen wir eine tiefer gehende **Wertedebatte**, die ethische Grundsätze formuliert und **Wirtschaftsführer** einbezieht. Sie tragen letztlich nicht nur für ihre Aktionäre Verantwortung, sondern haben eine wichtige Vorbildfunktion in unserer Gesellschaft. Die Legitimitätskrise der Marktwirtschaft kann nur überwunden werden, wenn sich Manager wieder stärker für das Gemeinwesen verantwortlich fühlen und mit Augenmaß agieren.

Herzlichst

Ihr

Artikel aus der Berlin Depesche Nr. 48 (November 2008)